

Für Daniel Risch hagelte es Kritik - auch aus den eigenen Reihen

Retourkutsche Die Altersvorsorge für Elternteile, die zugunsten der Kinder zu Hause bleiben, soll verbessert werden. Die Postulatsbeantwortung des Ministeriums ist aber nicht im Sinne der Familien ausgefallen - die Abgeordneten protestierten.

VON SILVIA BÖHLER

Regierungschef-Stellvertreter und Wirtschaftsminister Daniel Risch musste gestern ordentlich Kritik einstecken. Die Postulatsbeantwortung seines Ministeriums betreffend der Alters- und Risikoversorgung von nicht oder geringfügig erwerbstätigen Elternteilen wurde von zahlreichen Abgeordneten mit Attributen wie stereotyp, technokratisch, wenig kreativ und teilweise fehlerhaft bedacht. Nicht verwunderlich also, dass sich zwölf Abgeordnete, darunter die Hälfte der VU-Abgeordneten, gegen die Abschreibung des Postulats aussprachen.

Grundsätzlich möglich, aber ...

Das Drei-Säulen-Prinzip der Vorsorge beinhaltet die staatliche (AHV), die berufliche (Pensionskasse) und die private Vorsorge. Dadurch soll die Zeit nach der Pensionierung, der finanzielle Schaden im Todesfall sowie das Risiko einer Invaliditätsbedingten Erwerbsunfähigkeit abgedeckt sein. Mütter oder Väter, die zugunsten der Kinderbetreuung ganz oder teilweise zu Hause bleiben und auf ihr Erwerbseinkommen verzichten, verzichten auch auf die zweite Säule, die betriebliche Personalvorsorge. Um diesen Missstand auszugleichen, luden die VU-Abgeordneten die Regierung ein, Lösungen zu suchen und deren Kosten zu eruieren. Mit den vorgelegten Ausführungen erteilte Wirtschaftsminister Daniel Risch dem Vorstoss allerdings eine ordentliche Abfuhr: Eine pensionskassenähnliche Lösung für nicht oder geringfügig erwerbstätige Elternteile wäre zwar grundsätzlich durchführbar, allerdings müssten grundlegende Ergänzungen am heutigen System der betrieblichen Personalvorsorge vorgenommen werden. Ein Sozialleistungsexport könne ebenfalls nicht ausgeschlossen werden und die Kosten würden sich laut Modellberechnungen auf rund sieben Millionen Franken pro Jahr belaufen.

Besonders enttäuscht über die Beantwortung zeigte sich Rischs Parteikollegin Violanda Lanter: «Es wurde verkannt, dass es den Postu-



Daniel Risch musste gestern reichlich Kritik einstecken. (Archivfoto: Michael Zanghellini)

lant ein Anliegen ist, den Müttern und Vätern die aufgrund der Kinderbetreuung zu Hause bleiben, einen entsprechenden Wert zu geben und deren Leistung mit autonomen Versicherungsleistungen anzuerkennen und zu honorieren.» Das nüchterne Betrachten der Kompatibilität in die bestehenden Gesetze greife zu kurz. Die Beantwortung sei zudem mit einer wirtschaftspolitischen anstatt mit einer interdisziplinären Brille erfolgt. Lanter liess ihrem Ärger mit einigen provokanten Fragen freien Lauf: «Ist es nicht üblich, ein neues Gesetz zu schaffen, wenn die Notwendigkeit erkannt wird? Wir nicht aktuell ein Blockchain-Gesetz erarbeitet, weil es Lücken gibt? Oder wird nicht gerade ein neues Gesetz geschaffen, das es dem LOC erlauben soll, Sportler anzustellen, damit sie nach der Beendigung der Karriere keinen Pensionsnachteil erleiden? Bei Sportlern ist also ein kreativer Weg möglich? Welchen Wert nehmen die Familien ein?»

Dass die Familienarbeit künftig aufgewertet werden soll, davon ist auch Georg Kaufmann (FL) überzeugt, zumal im Zuge der Digitalisierung die

Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer mehr zur Norm werde. «Solange Bevölkerung und Politik die unterschiedlichen Familienmodelle als gleichwertig erachten, sollten dafür auch Lösungen umgesetzt werden. Er ermutigte die Postulanten, eine Motion auf den Weg zu bringen. Auch Günter Vogt (VU) ist der Meinung, dass das Thema weiterverfolgt werden muss und sparte nicht mit Kritik: «In der Beantwortung werden Gründe gesucht, das Anliegen zu verhindern. Kreative Ideen? Fehlanzeige.» Vogt plädierte dafür, das Anliegen zur weiteren Vertiefung an den Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini zu übergeben.

Leistungsexport verhinderbar?

Eine mögliche Lösung stellte Elfried Hasler (FBP) mit dem Einkommenssplitting für die zweite Säule zur Diskussion. So wie es bereits bei der AHV-Rente der Fall sei, könne er sich auch ein Splitting bei der zweiten Säule vorstellen. Getrennte Konten, wie in der Postulatsbeantwortung beschrieben, müssten dafür nicht geführt werden. «Was bei einer Scheidung funktioniert, muss doch auch

bei Pensionierung der Fall sein.» Auch der Argumentation der Regierung, dass bei zwei ausbezahlten Renten die Gefahr bestehe, dass Ehegatten das Altersguthaben nicht mehr für die Familie und die eheliche Gemeinschaft ausgeben würden, konnte er nicht nachvollziehen. «Was für ein Menschenbild wird hier vermittelt? Da stellt es mir ja die verbliebenen Haare auf.» Auch Parteikollege Wendelin Lampert rechnete genau nach und wies auf den Sozialleistungsexporte hin. Würden die Grenzgänger in die Berechnungen inkludiert, würden sich die Kosten von 7 auf 14 Millionen Franken erhöhen. Viele Abgeordnete tendierten deshalb dafür, eine Vorsorge für nicht oder teilweise erwerbstätige Elternteile nicht in die betriebliche Personalvorsorge zu integrieren, sondern eine eigenständige Finanzierung zu finden.

Wirtschaftsminister Daniel Risch versuchte sich zu verteidigen. Fachexperten hätten bei der Beantwortung mitgearbeitet und er, Risch, erachte das Dokument als umfassend und gute Basis, um weiterzuarbeiten. Denn es sei keine Frage, dass die Familienarbeit hoch gehalten werden müsse.